

Der Beschluss der Impfpflicht wurde am Donnerstag nicht zur Lotterie – hitzig blieb es aber bis zum Schluss.

HELMUT SCHLIESSELBERGER
MARIAN SMETANA

WIEN. Nach den heftigen Impfpflichtstreitereien der vergangenen Wochen und einer sechsstelligen Zahl meist kritischer Stellungnahmen im Begutachtungsverfahren setzte es am Donnerstag die parlamentarische Kür. Den Beschluss des Covid-19-Impfpflichtgesetzes.

Das so heiß umfiedete Gesetzeswerk wurde am Abend in einer von der FPÖ geforderten namentlichen Abstimmung mit 137 von 170 abgegebenen Stimmen angenommen.

Der Tag des politischen Kürprogramms war mit einer frühmorgendlichen Pressekonferenz eingeleitet worden. Der Beschluss der abgeschwächten Gesetzesvorlage wurde durch die Verheißung eines Impflotterie-Geldregens noch einmal publikums- und geldbörslich abgedert.

Die kleine Gruppe, die mit Trillerpfeifen und Trommeln vor der Hofburg antrat, war offensichtlich nicht gekommen, um sich an der Impflotterie zu beteiligen, und jedenfalls gemäß Versammlungsgesetz fehl am (Helden-)Platz. „Sie demonstrieren innerhalb der Bannmeile“, verscheuchte die Polizei die wenigen Demonstrierer lautstark, aber gewaltfrei via Lautsprecher.

Und auch drinnen im Plenum sollte es zwar lautstark, aber auch verbal weitgehend gewaltfrei zugehen. FPÖ-Klubchef Herbert Kickl hatte in seinem Beitrag zur, wie er sagte, „historischen Debatte“ zum gewohnten Rundumschlag angesetzt und erklärt, mit der Impfpflicht werde dem Totalitarismus der Weg bereitet und der „Gesundheitskommunismus“ eingeführt. Die Regierung werde „gemeinsam mit ihren Steigbügelhaltern einer Scheinopposition ihrer gerechten Strafe“ nicht entkommen.

Die Aussage Kickls, dass er „weiterhin ungeimpft bleiben werde, auch wenn Sie mich mit Millionen Österreichern dazu zwingen wollen“, führte zu Kritik des Parlamentarismusexperten und ÖVPLers Werner Zögernitz. Dieser wies im



BILDER: SVA/PA

„Bitte, warten Sie nicht auf die Impfpflicht!“

SN-Gespräch darauf hin, Kickl habe wie alle Abgeordneten gelobt, „Verfassungsgesetze und alle anderen Gesetze“ zu beachten, und kündige nun an, das Gesetz zu missachten. Zögernitz: „Auch Parlamentarier haben sich an die Gesetze zu halten, die sie selbst beschließen.“

Die grüne Klubchefin Sigrid Maurer bezeichnete das Agitieren von Kickls FPÖ gegen die Impfung als „letztklassig und absolut zynisch“. Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) stellte noch einmal die Details vor: „Die Impfpflicht wird für alle Personen ab dem 18. Geburtstag gelten, die ihren Wohnsitz in Österreich haben.“ Ausgenommen seien u. a. Schwangere und jene, die sich aus „eng definierten“ medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, sowie Genesene für 180 Tage. Inkrafttreten ist im Februar. Ab Mitte März werde bei Kontrollen überprüft, Strafen

bis zu 600 Euro sind möglich. Phase drei beinhaltet dann automatisiert verschickte Erinnerungsschreiben und Strafverfügungen bei Nichteinhaltung der Impfpflicht auf Basis des Impfreisters. Mücksteins Appell: „Nützen Sie die nächste Gelegenheit. Bitte, warten Sie nicht auf die Impfpflicht!“

Die Ankündigung der Impfpflicht war im November nicht nur von den Regierungsparteien, sondern auch von SPÖ und Neos mitgetragen worden. Spannend blieb bis zum Schluss die Frage, wie viele Abgeordnete sich nun außerhalb der FPÖ einer Zustimmung zum Gesetz enthalten oder dagegen stimmen würden. Pamela Rendi-Wagner hatte ihren Klub großteils auf Linie gebracht. Zwei Abgeordnete aus Niederösterreich, die sich intern gegen die Pflicht ausgesprochen hatten, blieben der Sitzung fern. Im Plenum votierte nur Sozialsprecher Jo-

sef Muchitsch dagegen. Etwas breiter aufgestellt war der Widerstand bei den NEOS: Neben Stephanie Krisper stimmten just jene Bereichssprecher dagegen, die am meisten mit Corona befasst sind, nämlich Pandemiesprecher Gerald Loacker und Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler, dazu noch Justizsprecher Johannes Margreiter. Loacker begründete sein Nein am Rednerpult damit, dass die Pflicht für Omikron zu spät komme. Auch werde Vertrauen in die Politik verspielt, da diese noch vor kurzem die Verpflichtung ausgeschlossen hatte.

Bei den Grünen gab es ebenfalls eine Abweichlerin, wenn auch nicht an Ort und Stelle. Die Abgeordnete Ewa Ernst-Dziedzic blieb der Sitzung fern, weil sie der Vorlage nicht zustimmen wollte. Die ÖVP blieb nach vereinzelter Kritik im Vorfeld am Donnerstag jedenfalls nach außen geschlossen.